



MEDIEN UND DEMOKRATIE IN SUBSAHARA AFRIKA

GARANTEN DER MEINUNGSFREIHEIT

Beim diesjährigen Herbstseminar „Zwischen neuen Netzen und Zensur – Medien in Mosambik“ hielt Sergio Grassi (Friedrich-Ebert-Stiftung) einen Einstiegsvortrag zum Thema Medien und Demokratie. Lesen Sie Auszüge seines Vortrags.

Von Sergio Grassi

Nach Ansicht der Friedrich-Ebert-Stiftung sind freie und unabhängige Medien eine der zentralen Vorbedingungen jeder demokratischen Gesellschaft. Informationsfreiheit ist die Grundvoraussetzung für Meinungsfreiheit. Gemeinsam sind Informations- und Meinungsfreiheit als politische Menschenrechte elementare Bestandteile einer funktionierenden Demokratie. Zugängliche und verständliche Informationen über Entscheidungen von PolitikerInnen, umgesetzte und nicht umgesetzte Politik, Statistiken über politische Erfolge und Misserfolge ermöglichen politische Teilhabe, indem sie die Menschen befähigen, sich eine informierte politische Meinung zu bilden, informiert zu wählen und politisch zu handeln.

Informations- und Meinungsfreiheit befördern auch wirtschaftliche und soziale Teilhabe und kommen somit der sozialen wie wirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft zugute. Sie befördern transparentes Regierungshandeln: So sind beispielsweise Informationen über die Landvergabe bei großen Investitionsprojekten, damit verbundene Umsiedlungen, Kompensationszahlungen, die Verteilung der erwirtschafteten Gewinn-

ne sowie mögliche Umweltverschmutzungen eine wichtige Grundvoraussetzung für den Schutz der Rechte betroffener Bürgerinnen und Bürger. Um gute Regierungsführung und gleiche Wettbewerbschancen zu garantieren, ist Informationsfreiheit auch z.B. im Bereich öffentlicher Ausschreibungen und somit bei der Verwendung öffentlicher Gelder zentral. Erst, wenn ich weiß, wofür, an wen und zu welchen Konditionen meine Regierung einen öffentlichen Auftrag vergibt, kann ich als BürgerIn beurteilen, in welchem Interesse diese Vergabe erfolgt ist.

MEDIEN ALS „WATCHDOG“

Der Zugang zu Informationen ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Macht. Medien erfüllen somit die Funktion eines „watchdog“, der das Handeln der politisch und wirtschaftlich Mächtigen kritisch begleitet, während Meinungs- und Informationsfreiheit als Hebel für die Einlösung vieler anderer Rechte wirken.

In vielen Ländern auf der Welt mangelt es jedoch an verbindlichen Gesetzen zum staat-

lichen Schutz von Meinungs- und Informationsfreiheit und an verlässlichen Verfahren zur Selbstregulierung im Mediensektor. In anderen Ländern sind Meinungs- und Informationsfreiheit zwar in Verfassungen, Gesetzen und internationalen Konventionen verankert, während sich die Offenheit auf dem Papier jedoch nicht im politischen Alltag fortsetzt. So werden die in den Verfassungen verankerten Rechte nicht selten durch umfassende verfassungsrechtliche Ausnahmeklauseln ausgehebelt oder mit Hilfe des Strafrechts und Gesetzen zur nationalen Sicherheit eingeschränkt. Neben der Medien-Gesetzgebung muss deshalb auch immer die jeweilige politische, rechtliche und Verwaltungskultur, das vorherrschende Politik- und Amtsverständnis, aber auch gesellschaftliche und soziale Rollenverständnisse und die Bereitschaft für persönliches Engagement mitberücksichtigt werden. Als Katalysator für einen solchen Erkenntnisprozess bedarf es eines Bündnisses progressiver Akteure, das die breite Öffentlichkeit für diese Themen sensibilisiert.

KONZENTRIERTE BESITZVERHÄLTNISS

Gleichzeitig gibt es weltweit den Trend, dass es im Mediensektor zu einer Konzentration der Besitzverhältnisse kommt. Vor diesem Hintergrund sehen sich unabhängige Medien einem doppelten Druck von Staat und Markt ausgesetzt, auch wenn sich die Formen von Land zu Land unterscheiden. So sind die Verdrängung kleiner unabhängiger Medien, Einschüchterung durch Gewalt- und Haftandrohung, Korruption und Selbstzensur aufgrund von politischem und wirtschaftlichem Druck weit verbreitete Probleme. In nicht wenigen Ländern kontrollieren politische und wirtschaftliche Eliten, über persönliche, wirtschaftliche, ethnische und familiäre



Foto: Peter Steudtner / Panphotos.org

In Subsahara-Afrika unterhält die FES Büros in 18 Ländern; darunter auch seit 30 Jahren in Mosambik. Neben den nationalen Büros hat die FES auch ein regionales Medien- und Kommunikationsprojekt mit Sitz in Windhoek, Namibia mit einem Aktionsradius für ganz Subsahara-Afrika. Die international bekannteste Arbeitslinie des regionalen Medien- und Kommunikationsprojekts ist das African Media Barometer (AMB). Es handelt sich dabei um ein Instrument zur Analyse der Medienlandschaft in den Ländern Subsahara-Afrikas. Als Ergebnis einer Debatte anhand von 45 Indikatoren wird im Rahmen einer zweitägigen Klausur mit VertreterInnen der Medien und Zivilgesellschaft ein Länderbericht erstellt. Alle am AMB teilnehmenden ExpertInnen kommen aus dem betreffenden Land und das AMB wird in vielen Ländern gemeinsam mit MISA durchgeführt. In dem Bericht wird jeder einzelne Indikator entlang einer Skala von eins bis fünf bewertet und auf dieser Grundlage ein Länderscore berechnet.

Außerdem findet sich im Bericht anonymisiert wiedergegeben die Debatte der ExpertInnen aus Medien und Zivilgesellschaft. Gleichzeitig werden in dem Bericht auch Empfehlungen zur Behebung der Probleme im Medienbereich in dem betreffenden Land aufgelistet. Mit der Veröffentlichung kann der AMB anschließend auch als Lobbyinstrument verwendet werden, um die Behebung länderspezifischer Defizite im Medienbereich einzufordern.

Neben dem AMB hat die FES auch Arbeitslinien, um kontinentale, regionale und nationale Rahmenbedingungen für Meinungs- und Informationsfreiheit zu befördern. So werden zivilgesellschaftliche Kampagnen unterstützt, die sich für die Schaffung und Umsetzung progressiver Medienstandards einsetzen, z. B. bei der Etablierung von APAI – der African Plattform für Access to Information – auf der VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, die im Medienbereich tätig sind, sich zusammengeschlossen haben.

Weitere Infos:

<http://www.fesmedia-africa.org/>

Bindungen Medienunternehmen und deren Kontroll- und Regulierungsmechanismen und schaffen so eine elitäre und vermachtete Öffentlichkeit, die für die Mehrzahl der BürgerInnen unzugänglich ist. Auf diese Weise wird die watchdog-Funktion der Medien stark begrenzt, während Hofberichterstattung und „Happy News“ befördert werden.

Hinzu kommt, dass viele Journalistinnen und Journalisten weltweit unter höchst unsicheren Arbeitsbedingungen arbeiten; ohne sichere Arbeitsverträge, ohne soziale Absicherung, bei schlechter Bezahlung und hoher Fluktuation. Solche Verhältnisse befördern weder Meinungs- und Informationsvielfalt noch eine professionelle Ethik. Medien sind vor diesem Hintergrund natürlich nur begrenzt fähig, als vierte Gewalt die Regierung demokratisch zu kontrollieren und zur Rechenschaft zu ziehen.

Allerdings leben wir auch längst nicht mehr nur mit den Medien, sondern auch „in“ und „durch“ die Medien. Im 21. Jahrhundert lässt sich die Rolle der Medien längst nicht mehr nur auf die einer vierten Gewalt beschränken. Medien bilden – gerade für junge Leute – das Prisma, durch das wir die Welt wahrnehmen, sind die Plattform, über die wir unsere Identitäten definieren und sozial agieren. Kommunikation bestimmt somit in immer höherem Maße unsere persönliche Existenz und politische Verortung. Sie ermöglicht auch jenseits der traditionellen Medien-Strukturen die Verbreitung von Bürgerjournalismus, Informationsweitergabe und die Bildung alternativer Medienöffentlichkeiten.

NEUE PERSPEKTIVEN

BürgerjournalistInnen leisten in einigen Ländern einen wichtigen Beitrag, indem sie neue – nämlich die grassroots-Perspektive – zu bekannten Problemen beisteuern, oder aus Regionen berichten (Kriegsgebiete, Slums), in die sich keine „traditionellen JournalistInnen“ hinein wagen.

Zahlreiche Handyanwendungen haben den Fluss wichtiger Informationen zu Landwirtschaft und Gesundheit verbessert sowie marginalisierten Bevölkerungsgruppen ermöglicht, finanzielle Transaktionen durchzuführen.

PolitikerInnen und politische Regierungen wie Oppositionsparteien versuchen auch zunehmend über soziale Netzwerke und SMS-Netzwerke ihre WählerInnen zu informieren, zu mobilisieren und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Auch außerhalb politischer Parteien werden SMS zur Mobilisierung und für soziale Kampagnen eingesetzt. Dort wo beispielsweise in

Wahllokalen nach Auszählung der Stimmen die Ergebnisse sofort öffentlich aushängen, sind Bürgergruppen in der Lage, diese per Handy zu fotografieren, sofort weiterzuleiten und an zentraler Stelle zu einem Gesamtergebnis zusammen stellen zu lassen, das dem offiziellen Wahlergebnis später gegenübergestellt werden und dementsprechend dazu beitragen kann, Wahlfälschung einzudämmen.

Diese allgemeinen Beobachtungen gelten auch für viele Länder Subsahara-Afrikas, in denen es einen Boom in den innovativen Informations- und Telekommunikationstechnologien gibt, während der Internetzugang, gerade über mobile Plattformen, rasant zunimmt. Diese Entwicklung ist auch ein Ausdruck dessen, dass Firmen, Zivilgesellschaft und Individuen, zunehmend ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhaberechte jenseits traditioneller und staatlich vorgegebener Strukturen über neue Kommunikationstechnologie einfordern und wahrnehmen. Allerdings muss angemerkt werden, dass auch wenn sich punktuell demokratisch-emanzipatorische Auswirkungen von der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) belegen lassen, der direkte Wirkungszusammenhang auf tatsächliche politische und soziale Umwälzungen umstritten ist.

Resümierend lässt sich festhalten, dass Meinungs- und Informationsfreiheit Kernelemente jeder demokratischen Gesellschaft sind. Ohne freie und vielfältige Medien, die ihre Aufgaben wahrnehmen können, funktioniert eine Demokratie nicht. Eine aktive Zivilgesellschaft, ob Menschenrechtsorganisation oder Gewerkschaft, braucht die Medien, um gehört zu werden. BürgerInnen können nur aufgeklärt politisch handeln und wählen, wenn sie entsprechend informiert sind. Der Zugang zu öffentlichen Informationen ist auch eine Voraussetzung für erfolgreiche wirtschaftliche Aktivitäten sowie die Einforderung öffentlicher Dienstleistungen. Informationsfreiheit fördert Transparenz, trägt zur Bekämpfung von Korruption und zur Durchsetzung effizienterer staatlicher Dienstleistungen bei und stärkt das Vertrauen in das Investitionsklima eines Landes. Als vierte Gewalt sorgen Medien für Transparenz und ziehen die Regierung zur Rechenschaft, insbesondere dort wo andere Kontrollmechanismen, etwa über das Parlament, nicht funktionieren. Medien sind somit nicht nur Garanten für Meinungs- und Informationsfreiheit, sondern auch Mittel zur Umsetzung weiterer Menschen- und Bürgerrechte.

Sergio Grassi ist Referent für das Südliche Afrika bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.